Wie es zur Anerkennung Kroatiens kam

Der frühere Botschafter in Belgrad packt aus

von CLEMENS RONNEFELDT Wortlaut dokumentiert.

Horst Grabert, von 1972-74 Chef des Bundeskanzleramtes, von 1979-84 deutscher Botschafter in Belgrad, gilt als einer der intimsten Kenner der Anerkennungsfrage.

Alte Ressentiments meldeten sich

In einem äußerst lesenswerten Beitrag stellt er die Frage, "warum von Deutschland die Auflösung der SFRJ (Sozialistische Förderative Republik Juguslawien) durch die Anerkennen der Sezessionsstaaten" betrieben wurde" (1). Nach seiner Analyse löste helmut Kohl am 1.7.1991 die bis dato gemeinsame Haltung der EG wie auch der USA. am Gesamterhalt Jugoslawiens festzuhalten, auf: "Wer, wie die Deutschen, auf der Basis der Selbstbestimmung seine nationale Einheit erreicht hat, kann Slowenien und Kroatien das Selbstbestimmungsrecht nicht verweigern. Deutschland soll die EG zur Anerkennung der beiden Republiken veranlassen", zitiert Grabert den Kanzler nach einem Bericht in "The Guardian" vom 2.7.1991.

Grabert weiter: "Die politische Energie für diesen Meinungsumschwung kam nun nicht aus der Sorge, den Konflikt zu vermeiden, ganz im Gegenteil. Alte Ressentiments aus den Kreisen des alten Ustasa-Untergrundes, die seit Jahren gute Bezeiehungen zu rechten Gruppen einiger demokraticher Parteien unterhielten, meldeten sich zu Wort und wollten den 1945 verlorenen Kampf in neuer Form wieder aufleben lassen. (...) Aus der Sezession Sloweniens und Kroatiens wurde die Auflösung der Förderation gemacht. Widerstand gegen diese Politik wurde

zur Aggression erklärt, was publizistisch leicht zu vermitteln war, (...). Damit war dann auch der Aggressor gefunden. (...) Nachdem 9./10.12.1991 die Verhandlungen des Europäischen Rates zum EU-Vertrag in Maastrich abgeschlossen waren, (...) wollte Deutschland seine angebelich auf die Menschenrechte orientierte Führungsqualität demonstrieren. So wurde dem Rat der Außenminister am 16.12.1991 schlicht mitgeteilt, daß Deutschland die Republicken Slowenien und Kroatien noch vor Weihnachten anerkennen würde. (...) Selbst der Versuch einer gesichtswahrenden Kommission wurde von Deutschland zerschlagen, denn Deutschland erkannte an, ohne den Bericht der (von der EU eingesetzten) 'Banditer-Kommission' abzuwarten. (...) Am 18.5.1992 hatte Deutschland einen neuen Außenmider kurz nach Amtsübernahme 'Serbien in die Knie zwingen' wollte, ansonsten aber hauptsächlich mit der Schadensbegrenzung beschäftigt war, wollten doch die EU-Partner die Erpressung zur Jahreswende einfach nicht vergessen". Soweit Horst Grabert, der seinen Beitrag die Klage voranstellt: "Selten ist ein Konflikt so oberflächlich und am gewünschten Ergebnis orientiert behandelt worden, wie der in Ex-Jugoslawien".

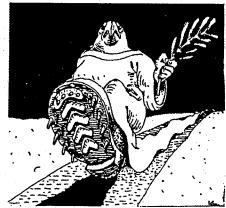
Warnung führte zu Entlassung

Der Kommentar des Friedensforschers Johan Galtung läßt nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: "Ich sage, daß Deutschland hier ein Verbrechen begangen hat. Das Schlimmste ist nicht Genscher, sondern daß

man das nicht diskutiert hat. Das Schlimmste hat eigentlich mit der Öffentlichkeit in Deutschland zu tun" (2).

Der Versöhnungsbund hat in seinem Rundbrief 2/1996 den Briefwechsel um die Anerknnungsfrage mit den eindringlichen Warnungen Perez de Cuellars an Hans Dietrich Genscher im Wortlaut dokumentiert

Eine weitere Schlüsselsigur bei der gesamten Anerkennungsfrage ist Hansjörg Eiff, bis 1991 deutscher Botschafter in Belgrad. Nach gewöhnlich gut infor-



mierten Kreisen soll Eiff das Auswärtige Amt in Bonn mit ähnlicher Eindringlichkeit vor einer vorschnellen Anerkennung gewarnt und die spätere Eskalation vorausgesagt haben wie der UNO-Generalsekretär. Das Ergebnis dieser alarmierenden Warnungen war für den deutschen Botschafter allerdings verheerend: Statt auf seine Warnungen zu hören, beschloß das Bonner Außenministerium, sich des unliebsamen Mahners zu entledigen. Die Zerstörung der diplomatischen Karriere Hansjörg Eiffs gehört menschlich wie politisch zu den nach wie vor unaufgearbeiteten größten Skandalen der deutschen Jugoslawien-Außenpolitik.

- (1) Horst Grabert, Von der Anerkennung zum Bundeswehreinsatz. Deutsche Politik und der Jugoslawienkonflikt; in: Wissenschaft und Frieden 2/1996, hg. von Wissenschaft und Frieden e.V. (Reuterstr. 44, 53113 Bonn).
- (2) Johan Galtung, Kein Zweifel: Gewaltlosigkeit funktioniertl, hg. von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Heidelberg-Freiburg 1995.